Der Apparat macht, was er will

Ohne Wissen der zuständigen Politiker wollten Beamte des BND und des Verteidigungsressorts Spezialpanzer und Flugabwehrgerät nach Israel liefern – so die Bonner Sprachregelung der letzten Woche. Tatsächlich hatte der Bundessicherheitsrat den Export ausdrücklich verboten. Doch der BND setzte sich darüber hinweg.

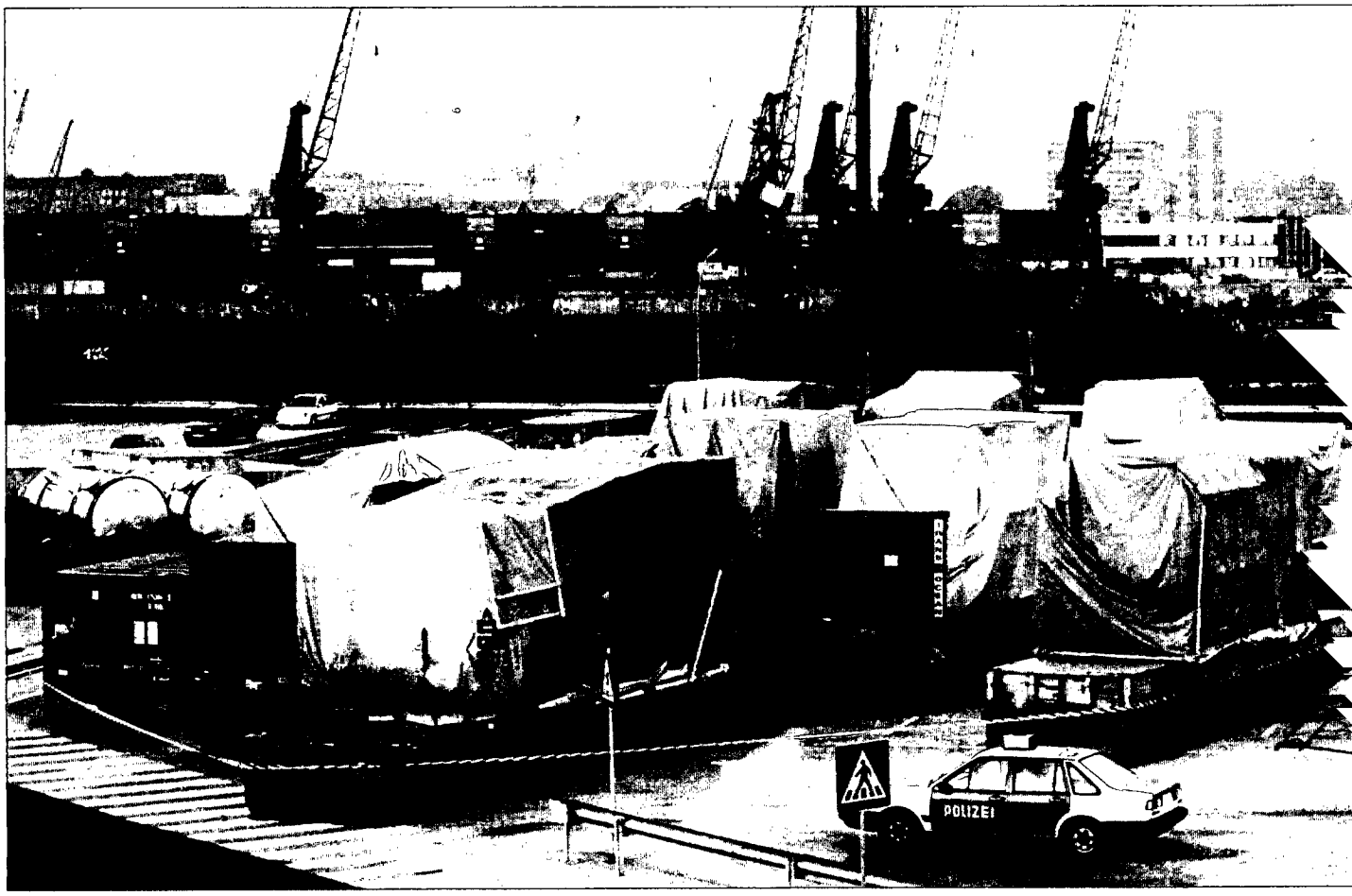
Es war ein Routinevorgang. In der Nacht zum vorletzten Freitag setzte sich wieder, wie in den beiden Nächten zuvor und wie schon des öfteren in den vergangenen Wochen und Monaten, in der Wehrtechnischen Dienststelle 91 der Bundeswehr in Meppen an der Ems ein Konvoi von Lastwagen und Tiefladern in Bewegung.

In Containern und auf Pritschen des Großtransports war verladen, was die Bundeswehr aus Standorten in der ehemaligen DDR herangekarrt hatte: schweres Gerät der Nationalen Volksarmee (NVA), darunter zwei Flugabwehrpanzer mit Vierlingsflak vom Typ ZSU 23/4, eine Abschußlafette für Flugabwehrraketen samt dazugehöriger Aufklärungs- und Feuer-Leitstation (Nato-Code SA-6), ein Radarfahrzeug, vier Brückenleger-Lkw.

Wieder ging der Transport in Richtung Küste, diesmal nach Hamburg. Wieder waren Angehörige des Bundesnachrichtendienstes (BND) für die Fuhre zuständig. Wieder war die Ladung vorher von Experten des israelischen Geheimdienstes Mossad inspiziert worden. Wieder war Israel der Bestimmungsort.

Und es schien, als hätte der deutsche Geheimdienst nun, nach dem Ende des Kalten Kriegs, eine neue Aufgabe gefunden – Frieden schaffen durch den Abtransport von Waffen.

Denn seit Mauer und Minenfelder abgeräumt sind und die West-Ost-Konfrontation schwindet, stellte sich selbst der für die Nachrichtendienste zuständige Staatsminister im Kanzleramt Lutz Stavenhagen häufig „die Frage nach ihrer Existenzberechtigung".



Beschlagnahmtes sowjetisches Flugabwehrraketen-System SA-6 im Hamburger Hafen, israelisches Transportschiff

Seine einfache Antwort: „Ebenso wie wir – ohne bestimmtes Feindbild – eine Bundeswehr unterhalten, brauchen wir unsere Nachrichtendienste."

Stavenhagens Verquickung von Militär und Geheimdienst kennzeichnet auch die Panzeraffäre. Schon vor, während und nach dem Golfkrieg war von Meppen aus, betreut von BND und Mossad, über Hamburg oder Wilhelmshaven NVA-Rüstungsgut den Israelis zugerollt. Mal waren es Radargeräte, mal gepanzerte Fahrzeuge gewesen.

Und wie auch bei den vorangegangenen Lieferungen handelten BND-Chargen im Zusammenspiel mit Militärs des Bundesverteidigungsministeriums wieder auf eigene Faust, ohne Unterrichtung der politischen Führung.

In einer BND-internen Vorlage der Arbeitseinheit „35/35 D" vom 29. Oktober für Geheimdienstchef Konrad Porzner heißt es dazu: Unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung seien vom israelischen Militärattaché in Bonn „umfangreiche Bedarfswünsche an NVA-Wehrmaterial" dem Bundesverteidigungsministerium (BMVg) unterbreitet worden. „In diesem Zusammenhang kam es zu spontaner Weitergabe von NVA-Material an Israel durch BMVg-Stellen."

Das BND-Papier bestätigt, daß die Hamburger Waffenschieberei beileibe kein Einzelfall war: „Bereits vor der Hamburger Lieferung wurden einige Lieferungen erfolgreich über Wilhelmshaven, Manching und Ahlhorn abgewikkelt."

Es wurde also nicht nur zu Wasser, sondern auch in der Luft verschoben – in Manching bei München und im niedersächsischen Ahlhorn befinden sich Bundeswehr-Flugplätze.

Nur – diesmal lief etwas schief. Zwar hatten BND-Leute – zuständig war die Beschaffungsabteilung I unter Volker Foertsch, der vorher mit dem BND-Informanten Alexander Schalck-Golodkowski befaßt war – vorab den Ham-

(Proliminary Form)

The following hardware is handed over from FRG to ISR on behalf of exploitation and on a loan basos only.
The results of the exploitation must be delivered to FRG after the conclusion of work.

The following hardware items are given from FRG to ISR at Meppen Proving Ground 25. Oktober 1991:

No.	Original Designator	Quantity
1	PKW UAZ - 469	2 EA
2	LKW GAZ - 66	2 EA
3	LKW ZIL - 131	1 EA
4	LKW ZIL - 157	2 EA
5	LKW KRAZ	4 EA
6	Radarfahrzeug P-40 plus Antenna	1 EA
7	Aufklärungsfahrzeug 1 S 91	1 EA
8	Systemfahrzeug 2 P 25 M 2	1 EA
9	Systemfahrzeug ZSU 23/4	2 EA
10	System PK - 16	1 EA
11	Ersatzteilpaket BMP-1	1 EA
12	Ersatzteilpaket BMP-2	1 EA

for FRG: Meppen, 25. Oktober 1991

for ISR: Meppen, 25. Oktober 1991

Deutsch-israelischer Überlassungsvertrag: „Einer Abgabe nicht zugestimmt"





„Palmah II": „Einige Lieferungen wurden erfolgreich abgewickelt"

burger Zoll benachrichtigt, daß da wieder Waffen unterwegs seien, wie üblich falsch deklariert, zur Abwechslung als „Landmaschinenfracht". Tips waren auch an die Straßenverkehrspolizei und Hafenverwaltung gegangen. Aber die Routine hatte die Verschwörer nachlässig gemacht: Sie hatten vergessen, der Wasserschutzpolizei in Hamburg Bescheid zu sagen.

Die staatlichen Waffenschmuggler zeigten sich unprofessionell sorglos. Es war ja stets alles bestens gelaufen. Was sollte schon dazwischenkommen? Also wurde die Anlieferung der heißen Ware auch nicht hinausgeschoben, als die Nachricht eintraf, das Transportschiff „Palmah II" sei verspätet.



BND-Chef Porzner
„Irrtümliche Auffassung"



BND-Aufseher Stavenhagen
„Drei-Liter-Marke erreicht"

Stunden-, teils sogar tagelang stand das Gerät im Freihafen am O'Swaldkai, von den Mossad-Leuten schlampig mit Planen eingepackt und nicht etwa durch sorgsam aufgebaute Barrieren aus anderen Containern neugierigen Blicken entzogen. Ein Wasserschutzpolizist wurde in der Nacht zum Samstag aufmerksam, wenig später beschlagnahmte der Staatsanwalt die geheime Fracht und nahm die Ermittlungen auf.

„Es wurde", so ein Verteidigungsministerialer, „massiv gegen das elfte mosaische Gebot verstoßen: Du sollst Dich nicht erwischen lassen."

Als am Morgen des vorigen Montags erste Agenturmeldungen über die Hamburger Panzeraffäre liefen, regte sich der für die Kontrolle der Geheimdienste zuständige Kanzleramtsminister Lutz Stavenhagen nicht auf. Er hatte wohl Wichtigeres zu tun. Gemeinsam mit BND-Präsident Konrad Porzner ging er in seinem Amtszimmer den über 600 Millionen Mark teuren Haushalt 1992 des Pullacher Geheimdienstes durch.

Erst gegen 14 Uhr wurde der Transport zum Thema. Regierungssprecher Norbert Schäfer bat um Instruktionen für die anstehende Regierungspressekonferenz. Allgemeine Ratlosigkeit in der Runde um Stavenhagen, zu der inzwischen auch Kanzleramtschef Rudolf Seiters gestoßen war.

Stavenhagen überlegte, der Peinlichkeit durch eine Nachrichtensperre zu entkommen. Schäfer war dagegen und mußte dann verharmlosen, es sei gängige Praxis, unter befreundeten Nachrichtendiensten wehrtechnisches Material auszutauschen.

Allseits war man erst mal bestrebt, politische Verantwortung abzuwehren und die Forderung nach personellen Konsequenzen gar nicht erst aufkommen zu lassen.



Staatssekretäre Wimmer, Pfahls: „Mangelndes Rechtsbewußtsein"

Mit einiger Verzögerung erfuhr Regenwald-Tourist Helmut Kohl im fernen Brasilien vom Treiben im heimatlichen Geheimdienstdschungel. Der Kanzler reagierte sauer, schimpfte vor seinen Begleitern auf die „Idioten" beim BND.

Über seinen Geheimdienstkontrolleur Stavenhagen, der gerade erst wegen seiner Ahnungslosigkeit über amtliche Wohltaten für den DDR-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski ins Gerede gekommen war, merkte Kohl an, der habe „die Drei-Liter-Marke erreicht", dessen Maß sei also voll.

Dabei war der Bonner Regierungschef nicht mal im Bilde, wie weit sich Geheimdienstseilschaften inzwischen der Aufsicht durch die Politik entzogen und wie wenig sich die Verantwortlichen in der Bundesregierung um ernsthafte Überwachung bemüht hatten.

Vor dem Parlament bekannte Stavenhagen am Mittwoch: „Die Frage, wie man Nachrichtendienste, die ja etwas andere Behörden sind, richtig kontrolliert, ist eine Frage, die mich schon lange bewegt." Der Mann ist seit 1987 im Amt.

Andere waren argwöhnischer als des Kanzlers BND-Aufpasser. Willy Wimmer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Verteidigungsminister, hat Anfang Oktober in einem Brief an Gerhard Stoltenberg mahnend auf „mangelndes Rechtsbewußtsein" von Hardthöhen-Offizieren und -Beamten hingewiesen. Als die Hamburger Affäre ruchbar wurde, schimpfte Wimmer vor Mitarbeitern: „Der Apparat macht, was er will. Wir haben keine Kontrolle mehr."

Angehörige aus Stoltenbergs Haus haben sich gemeinsam mit Kollegen des BND bewußt über Weisungen der politischen Spitze des Verteidigungsministeriums hinweggesetzt. Oder rechneten sie mit stillschweigendem Einverständnis?

Sie haben obendrein einen verbindlichen Beschluß des Bundessicherheits-

rats, des für Waffenexporte und Militärfragen mit höchstem Geheimhaltungsgrad zuständigen Kabinettsausschusses, mißachtet. Oder durften sie annehmen, daß ihnen nichts passieren kann?

Am 27. Februar dieses Jahres hatte der Bundessicherheitsrat über mehrere Anträge Israels beraten, dem Nahost-Staat wegen des Golfkriegs auch NVA-Material zu überlassen. Genehmigt wurde die Lieferung von ABC-Schutzmaterial. Nicht genehmigt wurde der Export von Schießgerät.

„Wegen grundlegender Bedenken", so steht es in der vertraulichen gemeinsamen Stellungnahme von Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg und BND-Präsident Porzner für die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) – die Geheimdienstaufsicht des Bundestages (siehe Kasten Seite 36) –, sei ein Beschluß des Bundessicherheitsrats über die von Israel gewünschten Panzer, Schützenpanzer, Minenleger, Minen, Panzerabwehrgranaten und Gewehrpatronen „zurückgestellt" worden.

Doch die Israelis ließen nicht locker. Sie reichten im Verteidigungsministerium neue Anträge auf NVA-Waffen ein. „Diese Anforderung", schrieben Stoltenberg und Porzner in ihrem Papier vom 30. Oktober 1991 den Abgeordneten, „umfaßte u. a . . . FLakPz ZSU 23/4, Flugabwehrfeuereinheiten SA-6 mit Zubehör, Gabelstapler".

Minister und Präsident betonen: „Aufgrund des Ergebnisses der o. a. Befassung im Bundessicherheitsrat" habe die Spitze des Verteidigungsministeriums in Gestalt des beamteten Staatssekretärs Ludwig-Holger Pfahls am 11. März 1991 entschieden, „lediglich die gewünschten Gabelstapler zu liefern". Am 12. März 1991 sei der Chef des Führungsstabs der Streitkräfte beauftragt worden, „der israelischen Botschaft diesen Sachverhalt mitzuteilen". Auch die für Rüstung und die drei Teilstreitkräfte zuständigen Hauptabteilungen der Hardthöhe seien entsprechend unterrichtet worden.

Und: „Damit war auch einer Abgabe zum Zwecke der Auswertung nicht zugestimmt worden."

Was geschah? Gut sechs Monate später lieferten BND-Agenten und Verteidigungsministeriale den Israelis nach Hamburg zur Verschiffung exakt das Gerät, das die nach Beschluß des Bundessicherheitsrats und der Spitze des Verteidigungsministeriums nicht erhalten sollten, auch nicht für wehrtechnische Versuche: zwei Flakpanzer ZSU 23/4 samt einem Wartungsfahrzeug (ZIL 157) sowie ein komplettes Flugabwehrraketen-System SA-6.

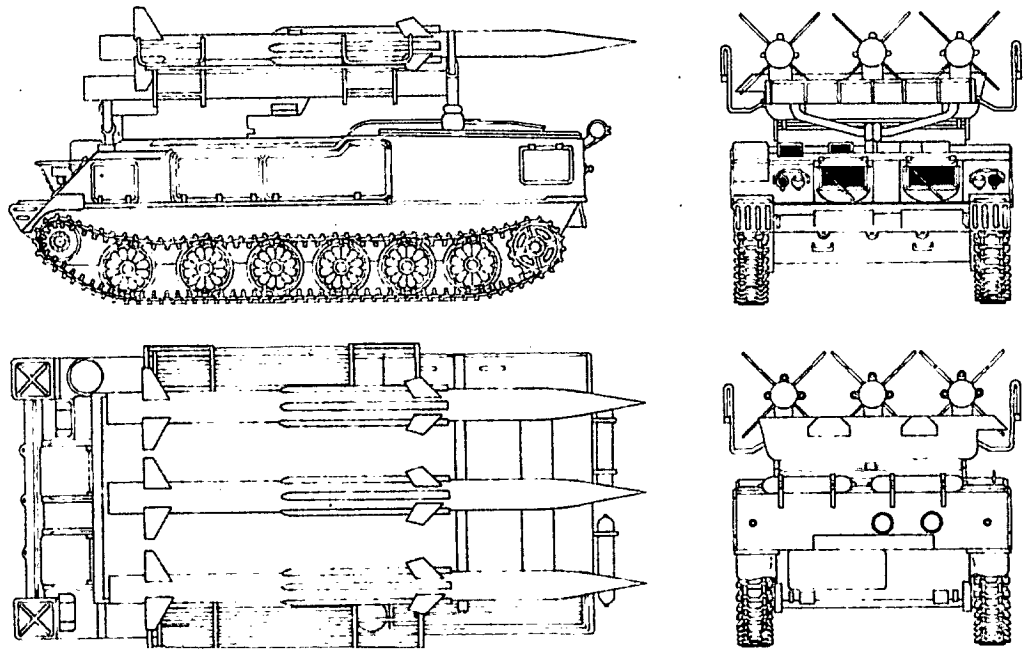
In ihrer Eigenmächtigkeit hatten Militärs und Nachrichtendienstler auch zwei weitere Anordnungen von Staatssekretär Pfahls mißachtet. Am 1. Juni 1991 erteilte er Weisung, „ab sofort" sei er, der Staatssekretär, über die geplante Abgabe von NVA-Gerät an Nato-Staaten und an Partnerländer in Kenntnis zu setzen. Pfahls ordnete an, daß „ohne seine Zustimmung diese Abgaben nicht mehr durchzuführen seien".

Am 8. Juli habe, erklären Stoltenberg und Porzner, Pfahls seine Weisung vom 1. Juni ergänzt, „einen Sachstandsbericht zu ‚Austauschvorhaben mit befreundeten Ländern'" erbeten und „sich die Entscheidung ‚für hinsichtlich des Umfanges außergewöhnliche Materialabgaben und die Abgabe von Großgerät' ausdrücklich" vorbehalten. Die aus dem Verteidigungsministerium dazu am 30. August „erstellte Vorlage enthielt neben der erneuten Aussage, daß auch Material zur Verfügung des BND übergeben worden sei, wiederum keinen Hinweis auf konkrete Abgaben an Israel".

Das Verteidigungsministerium ist umfassend bemüht, den Minister und seinen Staatssekretär aus der Schußlinie zu ziehen. Tatsächlich besteht die Affäre nicht darin, daß ein Nicht-Nato-Land wie Israel NVA-Kostbarkeiten zu Erprobungszwecken bekam. Die Hardthöhe hat, mit Billigung des Bundessicherheitsrats, zum Beispiel dem neutralen Schweden fünf Panzer der Ex-DDR, darunter einen modernen T-72, für Testzwecke abgegeben.

Zur Affäre wird der Panzer-Deal, weil der Wille der politisch Verantwortlichen von einem außer Kontrolle geratenen Geheimdienst und seinen Helfern im Verteidigungsministerium gezielt mißachtet wurde. Konrad Porzner war denn auch der einzige, der Verantwortung übernehmen wollte. Im Hause Stoltenberg konnte sich niemand zu einer solchen Haltung durchringen.

Nicht nur die Exekutive, auch die Legislative mußte sich diesmal in der Panzeraffäre austricksen lassen. Am 10. Oktober nannte der Parlamentarische Staatsekretär beim Verteidigungsminister, Ottfried Hennig, auf eine SPD-Anfrage, welche Länder bisher an Waffen und Gerät der NVA Interesse gezeigt hätten, 27 Staaten – Israel erwähnte Hennig nicht.



Flugabwehr-Panzer SA-6: „Nur Gabelstapler liefern"

Wußte er nicht? Oder wollte er nicht wissen?

Schon immer in der kurzen Geschichte des demokratischen Deutschland operierten die Geheimdienste und speziell der BND – mit einem Wort des ehemaligen Innenministers Hermann Höcherl – „etwas außerhalb der Legalität". Oft war es den Politikern recht. Sie machten sich das konspirative Denken und Treiben der Pullacher Schlapphüte gelegentlich gern zunutze.

Obwohl sich die Pullacher laut BND-Gesetz lediglich mit der Sammlung und Auswertung „von Erkenntnissen über das Ausland" zu befassen haben, treten sie bei dubiosen Waffen-Geschäften traditionell als Makler auf.

Bereits Mitte der sechziger Jahre organisierten sie im Regierungsauftrag geset-

zeswidrige Waffenlieferungen in die Dritte Welt. Allein zwischen 1965 und 1967 ließ der Bundesnachrichtendienst über den Honnefer Waffenhändler Gerhard Georg Mertins Rüstungsmaterial im Wert von rund 95 Millionen Mark in die Spannungsgebiete Indien, Pakistan und Saudi-Arabien verschieben. Um der Aktion einen legalen Anstrich zu verpassen, wurden die Ausfuhrgenehmigungen auf den Iran, Italien und England ausgestellt.

Eine besonders peinliche Note für den BND erhielt die Waffen-Affäre, über die wie üblich auch das Parlament lange Zeit getäuscht worden war, allerdings erst rund zehn Jahre später. Die Gerichte sprachen den vom BND beauftragten Waffenhändler Mertins vom Vorwurf des illegalen Waffenexports frei und billigten ihm eine Millionenentschädigung zu.

Begründung: Mertins habe im Staatsauftrag gehandelt und darauf vertrauen dürfen, daß alles Rechtens sei. „Was dem Einzelhändler mit Geflügel recht ist", befanden die Richter, „muß dem Großhändler mit Flugzeugen billig sein."

So gestärkt werkelten die Agenten in Pullach als Rüstungsmakler weiter. BND-Beamte vermittelten in den achtziger Jahren unter großzügiger Auslegung ihres Auftrages bundesdeutsche Rüstungsexporte in den Irak, verkauften ab 1984 für rund 21 Millionen Mark hochsensible Elektronikausrüstung für Lauschaktionen an das kommunistische China (Codewort „Pamir") und flogen millionenteure Aufklärungseinrichtungen nach Pakistan und in die Türkei.

Vor allem, wenn es um Geschäfte mit Israel ging, wurden die diskreten Helfer vom BND eingeschaltet – manchmal mit verheerenden Folgen.

Als Bonn und Tel Aviv Anfang der siebziger Jahre vereinbarten, gemeinsam einen Täusch- und Störsender für das Kampfflugzeug „Tornado" zu bauen, weil die Amerikaner einen Export ablehnten, wurden der israelische Geheimdienst Mossad und der BND wie gewohnt als Vermittler ausgewählt. Bereits nach kurzer Zeit entglitt das streng geheime, 1,4 Milliarden Mark teure Projekt „Cerberus" der politischen Kontrolle.

Die Grundregeln ordentlicher Buchführung wurden systematisch mißachtet. Millionen für die Israelis wurden entweder von Mossad-Agenten im Koffer abgeholt oder flossen über ein Postscheckkonto des BND. Weil Überweisungen oft wochenlang auf BND-Konten lagen und unterdessen der Dollar-Kurs fiel, machten die Israelis Millionengewinne.



Waffenlieferant Mertins (1979)
Heimlicher Staatsauftrag

Eine interne Kontrolle fehlte, wieder einmal. Selbst die Verteidigungsminister waren nur mündlich und in Grundzügen über das „Cerberus"-Projekt informiert worden.

Den parlamentarischen Kontrolleuren von BND und Bundeswehr blieben die merkwürdigen Waffengeschäfte sogar 16 Jahre lang verborgen. Erst im November 1988 erfuhren Abgeordnete des Bundestages von dem teuren, aber nur bedingt einsatzbereiten Gerät aus Israel.



Vertragspartner Strauß, Peres (1960): „Aktion gegen das Haushaltsrecht"

Strikte Geheimnistuerei war von Beginn an typisch für die militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Israelis. Schon als der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauß Ende der fünfziger Jahre die erste deutsche Waffenlieferung für Israel einfädelte, ging es konspirativ und rechtswidrig zu.

Bei einem Geheimtreffen im bayerischen Rott am Inn im Winter 1957 hatte der damalige Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums und spätere Ministerpräsident, Schimon Peres, Strauß eine Wunschliste vorgelegt. Jerusalem, so die Begründung, brauche Transportflugzeuge, Hubschrauber, Artillerie und Panzerabwehrraketen dringend zur Selbstverteidigung.

Der Israeli fand ein offenes Ohr, obwohl das 300 Millionen Mark teure Waffengeschenk auch nach Einschätzung von Strauß „in allem dem Haushaltsrecht zuwiderlief". Dennoch organisierte der Verteidigungsminister – nach kurzer Abstimmung mit seinem Kanzler Adenauer – im Alleingang die streng geheime „Hilfsaktion".

Man habe, so berichtete Strauß 1988 voller Stolz in seinen „Erinnerungen", die „Israel zugesagten Geräte und Waffen heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt und hernach als Ablenkungsmanöver bei der Polizei in einigen Fällen Diebstahlsanzeige erstattet". Hubschrauber und Flugzeuge wurden ohne Hoheitszeichen nach Frankreich geflogen und von Marseille aus nach Israel verschifft.

Der erste Schritt zur deutsch-israelischen Rüstungskooperation war damit bereits 1957 getan, nur zwei Jahre nach Aufstellung der ersten Bundeswehr-Verbände. Es begann ein schwunghafter Waffenhandel. Die Israelis fingen an, die Bundeswehr mit Rucksäcken, Mörsern und Maschinenpistolen („Uzi") auszurüsten. Im Gegenzug lieferten bundesdeutsche Firmen Kriegsmaterial – von Gasmasken bis zu Blaupausen für U-Boote.

Für lange Zeit stellte Israel der Bundeswehr immer wieder Beute aus seinen Kriegszügen im Nahen Osten zur Verfügung – von T-62-Panzern bis zu SA-9-Flugabwehrraketen. Lediglich einmal – Mitte der achtziger Jahre – wollten die Deutschen nicht zugreifen, als Jerusalem Rüstungsgut anbot: Der von Israel geforderte Preis für ein russisches Jagdflugzeug vom Typ MIG-29 war ihnen zu hoch.

Nur selten konnte die Bundeswehr, jeweils vermittelt durch den BND, ih-

rerseits mit Informationen über sowjetisches Militärpotential dienen. Ihr größter Coup gelang während des Afghanistan-Krieges, als sie über die rebellierenden Mudschahidin sowjetisches Kriegsgerät einkaufen konnte. Nachdem die Bundeswehr Bauart wie Wirkung der Tretminen und Panzer ausgewertet hatte, wurde das Material den Israelis für eigene Tests überlassen.

Zu Einschränkungen kam es erst Ende der siebziger Jahre, weil die verschärften Ausfuhrbestimmungen für Kriegswaffen auch auf die Israelis angewandt wurden. Als Jerusalem 1978 die in Deutschland entwickelte und produzierte 120-Millimeter-Glattrohrkanone des Panzers Leopard 2 in Lizenz nachbauen wollte, ging überraschend ein abschlägiger Bescheid ein: Waffenlieferungen in Spannungszonen, so Bonn diesmal, seien ausgeschlossen.

Die Bonner Zurückhaltung endete abrupt während des Golfkrieges Anfang 1991. Massiv bedrängt von ihrem Nato-Partner USA, aber auch den Israelis, mußten die Bundesdeutschen den Preis für ihr militärisches Fernbleiben vom Schlachtfeld am Golf entrichten.

Den Israelis wurde mehr als eine Milliarde Mark für die Beschaffung von Rüstungssystemen zugesagt, darunter allein 880 Millionen für den Bau von zwei U-Booten. Die hehren Gesetzesnormen zur Exportkontrolle bei Kriegsmaterial galten plötzlich nichts mehr.

Mit dem Golfkrieg stieg auch das Interesse der Israelis an der wehrtechnischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Die Einheit hatte die Bundeswehr über Nacht in den Besitz von Panzern, Flugabwehrraketen und anderem Waffenmaterial sowjetischer Herkunft gebracht, die von der Nationalen Volksarmee der DDR genutzt worden waren – und in ähnlicher Bauart von Israels Nachbarn Syrien, Jordanien und Ägypten gebraucht wurden.

Die Regularien für den Austausch von Waffen und Informationen lagen seit 1967 fest. Kurz nach dem Sechs-Tage-Krieg hatten Jerusalem und Bonn den Austausch von Wehrmaterial und Rüstungsinformationen vereinbart – wie immer streng geheim.

Der politischen Kontrolle waren diese Austausch-Beziehungen weitgehend entzogen, die Arrangeure des lautlosen Waffentausches bei BND und Mossad blieben im dunkeln. Eine Berichtspflicht an die Regierungszentrale in Bonn, so der frühere Geheimdienst-Koordinator im Kanzleramt, Waldemar Schreckenberger, „gab es nicht". Er habe allerdings immer „angenommen", daß wenigstens der Präsident des BND über die Aktionen seiner Beamten informiert gewesen sei.

Wie die Nachricht im toten Briefkasten gehört zu Geheimdiensten noch im-



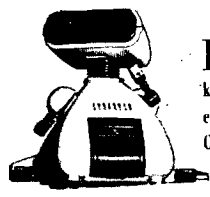
Der wahre Erik.

Ein Elektronikkonzern aus Houston wollte ihn kaufen. Ein Devisenbeschaffer aus Dresden wollte ihn fälschen. Ein Industriegigant aus Osaka wollte ihn kopieren.

Das läßt ihn kalt. Sven-Erik Nielsen. Gnadenloser Chefprüfer. Kompromißloser Innovator. Treue Seele des dänischen Lautsprecherbaus. Für diesen Mann zählt nur eins: Die Wahrheit. Und nichts als die Wahrheit. Und die kommt bekanntlich aus Skanderborg.

Dank massiver Schwingspulen, die bis zu viermal größer sind als üblich.

Dank des einzig wahren Compound-



Lügen haben keine Beine: ein fernöstlicher Chefprüfer.

Systems, bei dem ein verborgener Treiber für machtvollen Tiefbass bei vollkommener Impulstreue sorgt.

Und dank der minutiösen Handarbeit von Hugo Nielssen (mit zwei 's'), der in typisch dänischer Schnelligkeit (ein Gehäuse an einem Tag) unendlich viel präziser wirkt, als jeder noch so digitalisierte Roboter.

Diese Wahrheit hat zwar ihren Preis (die neue Confidence 5 z. B. kostet stolze ca. 7.200 Mark).

Oft kopiert, nie erreicht: Das Buch der Wahrheit, 2. Auflage.



Aber dafür hält ein von Sven-Erik Nielsen geprüfter Lautsprecher auch ein Leben lang.

Mehr darüber steht im „Buch der Wahrheit", das wir Anhängern des Meisters kostenlos zusenden. Schreiben Sie an: Verein der Freunde Eriks d.V., c/o Dynaudio, Winsbergring 28, 2 Hamburg 54. Oder wählen Sie 040/85 80 66. Bis zur nächsten Annonce (die zeigt, was eine dänische Axt alles mit einem Tannenbaum machen kann) verbleiben wir mit freundlichen Grüßen und unserem unnachahmlichen Firmenmotto: Dänen lügen nicht.



DYNAUDIO AUTHENTIC FIDELITY

Ein zahnloser Wachhund

Die Parlamentarische Kontrollkommission hat keine Kompetenzen

Im Bonner Bundestag ließ am Mittwoch vergangener Woche der SPD-Abgeordnete Peter Struck seinen Gefühlen freien Lauf: „Ich habe die Schnauze voll", verkündete der Parlamentarische Geschäftsführer der Sozialdemokraten mit finsterer Miene. Es gebe nur eine Alternative: Entweder kläre die Bundesregierung das Parlament jetzt lückenlos auf, „oder sie lassen uns mit einem solchen Mist in Ruhe".

In der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) hatten die Beauftragten der Bundesregierung den Geheimdienst-Kontrolleuren des Bundestages zur Panzer-Affäre des BND Rede und Antwort stehen sollen. Äußerst widerwillig und geheimnistuerisch ließen sich die Beamten zu mageren Informationen herab.

Dann wollten die Ministerialen einen schriftlichen Bericht von Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg den PKK-Mitgliedern zwecks Geheimhaltung wieder abnehmen; dabei liefen die Kollegen des Verteidigungsausschusses mit den Stoltenberg-Informationen bereits durchs Hohe Haus.



Struck

Mit seinem Wutausbruch machte Struck deutlich, was in Bonn schon lange viele beklagen: Die PKK, die den Geheimdiensten BND, Militärischer Abschirmdienst und Verfassungsschutz im Auftrag des Parlaments auf die Finger schauen soll, ist ein zahnloser Wachhund, ein Papiertiger, der keinem Schlapphut Respekt einflößt.

Acht Parlamentarier sitzen in dem exklusiven Zirkel, die Bundestags-Schmuddelkinder vom Bündnis 90/Grüne oder PDS sind nicht zugelassen. Strengste Geheimhaltung – auch nach Ausscheiden aus dem Gremium – ist für die drei Unionschristen, drei Sozialdemokraten und zwei Liberale Pflicht.

Doch die Geheimniskrämerei gilt als Wert an sich, das Gremium dient als Feigenblatt. Nicht nur der Sozialdemokrat Struck fordert Änderung, selbst Christdemokraten haben nach seiner Erkenntnis längst das Gefühl, daß bald „der Ofen aus ist". Auch die beiden Freidemokraten Burkhard Hirsch und Fraktionschef Hermann Otto Solms haben gedroht, sich aus der PKK zurückzuziehen.

In einem letzten Versuch wollen alle drei Fraktionen mit gemeinsamer Kraftanstrengung das Kontrollorgan retten. Dem Kanzleramt haben die Parlamentarier schon klargemacht, daß ihre Geduld erschöpft ist, und ultimativ eine Erweiterung der Kompetenzen verlangt. Sonst, so ein PKK-Mitglied, sollte sich die Regierung eben „selber kontrollieren".

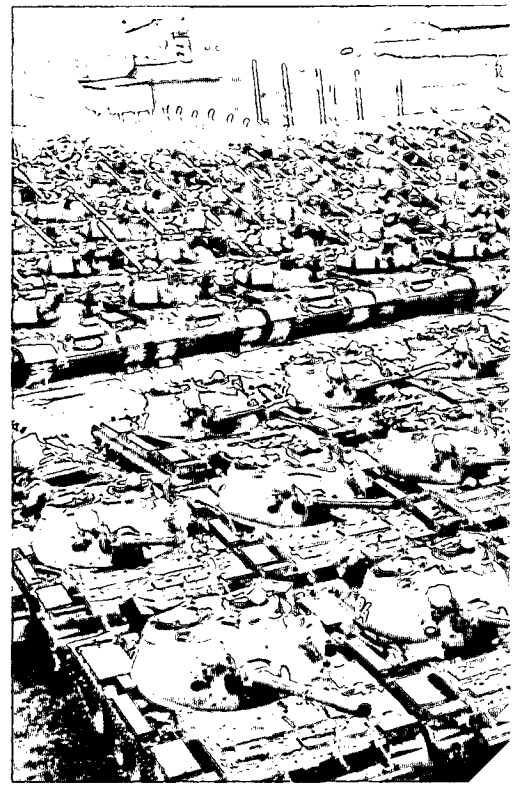
Bislang legt die Bundesregierung nach dem „Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes" selbst „Zeit, Art und Umfang" der Überwachung durch die Parlamentarier fest – als eine Art Gnadenerweis, der mit demokratischer Kontrolle nichts gemein hat.

In ihrem „Kommissionsentwurf" erwarten die Parlamentarier für die Zukunft neben „umfassender Information" eine echte Mitwirkung bei laufenden Geheimdienstgeschäften: „Die Entwürfe der jährlichen Wirtschaftspläne der Dienste werden der Kommission zur Mitberatung überwiesen"; auch der „Vollzug" wird überwacht.

Geheimdienstler sollen sich nach dem Willen der PKK-Reformer mit Hinweisen an das Gremium wenden können, ohne daß sie Sanktionen zu erwarten haben. Und die Abgeordneten verlangen ein Ende der Geheimniskrämerei: „Aktuelle Vorgänge" können öffentlich gemacht werden, wenn die PKK mit Zweidrittel-Mehrheit beschließt. Auch wünschen sie ein Recht auf Akteneinsicht und auf Anhörung von Zeugen.

Soviel Transparenz ging der Bundesregierung bisher zu weit. Um den Zorn der Kontrolleure zu dämpfen, bot Staatsminister Lutz Stavenhagen bei der letzten Sitzung am Mittwoch aber Entgegenkommen an, allerdings keine Akteneinsicht und kein Befragungsrecht. Die Gegenvorschläge waren freundlich verpackt – als „Formulierungshilfe Bundesregierung".

Denn die Gegner jeder Kontrolle haben erkannt: Bleiben die Fraktionen einig, kann das Parlament der Regierung seinen Willen aufzwingen.



Kampfpanzer der NVA im Bundeswehr-

mer das konspirative Betragen. Interne Kommunikation gilt als gefährlich, die Übernahme von Verantwortung als hinderlich. So war der Pullacher Geheimdienst der Bonner Regierung oft ein Ärgernis und selten eine Freude.

Schlagzeilen machten die staatlichen Schnüffler in 35 Jahren mit Pannen, Peinlichkeiten und mit Operationen am Rande der Legalität und darüber hinaus gemäß der Parole, die der erste BND-Präsident Reinhard Gehlen ausgegeben hatte: „Der Dienst muß alles wissen, egal wie."

Gehlen hatte Erfahrung im Nachrichtengeschäft. Als Generalmajor der Wehrmacht führte er im Dritten Reich die Aufklärungsabteilung „Fremde Heere Ost". Nach dem Krieg gründete er mit Erlaubnis der Alliierten die „Organisation Gehlen", aus der 1956 der Bundesnachrichtendienst hervorging.

Ohne große Skrupel operierte Gehlens Dienst jenseits der Legalität. Mit Auslandsspionage begnügte sich Gehlen nicht. Immer wieder forschten die Geheimdienstler im Inland. Bevorzugte Opfer: Politiker, Journalisten, Verlage.

Mindestens 54 Politiker, von Rainer Barzel über Herbert Wehner bis hin zu Strauß gerieten in die Akten des BND. „Sechs, sieben Leitz-Ordner, über den Daumen geschätzt", so meinte Gehlen-Nachfolger Gerhard Wessel 1974, seien mit Informationen und Banalitäten über Bundespolitiker gefüllt. Die Pullacher verzeichneten etwa, daß Altbundes-



Lager Lõbau: Fünf Lieferungen nach Schweden

kanzler Ludwig Erhard zu vorgerückter Stunde Whisky aus der Flasche trank.

Als Wessel 1968 Gehlen an der BND-Spitze ablöste, wollte er die pikante Schnüffelei beenden. Am schlechten Ruf änderte sich nichts. Noch 1969 wurde vermerkt, daß der damalige Staatssekretär Egon Bahr „abfällige Bemerkungen über den BND" machte.

Auch 1977 wurde der Nachrichtendienst im Inland aktiv. Auf dem Höhepunkt der RAF-Hysterie brachten Spezialisten in den Stammheimer Zellen der Baader-Meinhof-Gruppe Wanzen an. Es galt, die These zu erhärten, Andreas Baader und seine Mithäftlinge steuerten die Terroraktionen der RAF aus dem Hochsicherheitstrakt heraus.

Ein Jahr später, 1978, ließ sich der BND die Suche nach Terroristen gar von der Großindustrie bezahlen. Mit einer 400 000-Mark-Spende unterstützten Flick, die Dresdner Bank und andere Unternehmen den BND. Der beauftragte den Detektiv Werner Mauss mit der Terroristen-Fahndung; Mauss durfte später auf BND-Geheiß auch nach den verschwundenen Giftfässern aus Seveso schnüffeln.

Daß der Staat innere Sicherheit an Dritte delegiert hatte und von BND nebst Industrie finanzieren ließ, kam erst 1985 eher zufällig ans Licht: Im Flick-Prozeß um die Parteispendenaffäre berichtete der ehemalige Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch über die seltsame Praxis.

Im Herbst 1979 flog eine peinliche Zusammenarbeit des BND mit dem israelischen Mossad auf. Vier mutmaßliche PLO-Terroristen, die in der Haftanstalt Straubing einsaßen, waren bei ihren Verhören von Mossad-Agenten umgeben. Der BND hatte die Kollegen als „Dolmetscher" eingeschleust.

Der damalige BND-Chef und heutige Justizminister, Klaus Kinkel, sagte damals fast wortgleich dasselbe, was heute Porzner kundtut: Er habe von den Vorgängen nichts gewußt, werde aber dafür sorgen, daß solche Praktiken sich nicht wiederholen.

Als Kinkel 1979 BND-Präsident wurde, wollte er den Dienst modernisieren. Die Agenten des alten Gehlen-Schlags verspottete Kinkel als „Schlapphut-Indianer". Ihm schwebte ein Unternehmen vor, das durch elektronische Aufklärung den Spion alter Art überflüssig machte. Gesucht wurden nun hochqualifizierte Naturwissenschaftler, Techniker und Mathematiker.

Das enorme Aufgebot an High-Tech mit gewaltigen Abhörstationen entlang der deutsch-deutschen Grenze hatte indes einen Nachteil: Aus den mitgeschnittenen Telefonaten von SED-Größen erfuhren die Geheimdienstler kaum mehr als Klatsch und Tratsch der Polit-Creme des Ostens. Bei den Lauschaktionen war natürlich nicht auszuschließen, daß auch Inlandsgespräche aufgefangen werden. Man könne schließlich nicht erwarten, daß hinter den Pullachern „permanent ein Parlamentarier steht, der ihnen über die Schulter schaut", meinte der damalige Staatssekretär im Kanzleramt, Manfred Schüler.

Kinkel-Nachfolger Eberhard Blum versuchte vergebens, wieder menschliche Quellen aufzubohren und Panzerschränke zu knacken. Der damalige Ständige Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Klaus Bölling, schätzte den Informationswert der BND-Erkenntnisse gering ein: Soviel könne „ein guter Korrespondent drüben auch herausbringen".

So entging den Kundschaftern zum Beispiel 1981 das drohende Kriegsrecht in Polen; für Helmut Schmidt, der damals als Kanzler in der DDR weilte, besonders unangenehm. Vorgewarnt, hätte er den ohnehin mehrfach verschobenen Besuch noch einmal verlegen können.

Wie Schmidt traut auch Nachfolger Kohl dem BND wenig zu. Die wöchentlichen Lageberichte aus Pullach für das Bundeskanzleramt nimmt er nicht ernst.

Als der Kanzler 1990 mit Gorbatschow über die deutsche Einheit verhandelte, wurde er von Journalisten gebeten, die politischen Überlebenschancen des Sowjetführers zu beurteilen. Kohls Antwort: „Wenn ich dazu jetzt was sage, dann lesen die das in Pullach. Und eine Woche später hab' ich eine vertrauliche Nachricht, deren Kernpunkt meine gegebene Einschätzung ist."

Die Pullacher Späher achten ihre eigene Bedeutung ungleich höher. Stolz



Verteidigungsminister Stoltenberg
„Grundlegende Bedenken"

verweisen sie auf ein frisches Erfolgserlebnis unmittelbar nach dem August-Putsch in Moskau. Weil die Lauscher am Wochenende vor dem Coup kein außergewöhnliches Funkaufkommen feststellen konnten, waren die BND-Experten frühzeitig informiert, daß die sowjetische Armee sich den Verschwörern nicht angeschlossen hatte.

Schon am Tag nach dem Putschversuch konnte Porzner den zur „Bonner Lage" versammelten Staatssekretären mitteilen: „Die Sache ist noch nicht entschieden."

In ihren besten Zeiten sammelten und analysierten die Agenten des Pullacher BND täglich 10 000 Daten aus der ehemaligen DDR, wo ein paar hundert Spione die Zentrale mit einem ständigen Nachrichtenstrom versorgten – vorbei. Die DDR-Abteilung wird aufgelöst, mehr als zehn Prozent der 7000 BND-Beschäftigten verlieren ihre Jobs. Soziale Härten sollen durch Umgruppierungen, vorzeitigen Ruhestand und weniger Neueinstellungen vermieden werden.

Vehement wehrt sich der Dienst gegen die neue Bedrohung durch streichlustige Finanzpolitiker. Der offensichtliche Verlust des alten Feindbildes werde mehr als ausgeglichen durch neue Aufgaben, glaubt BND-Chef Porzner. Die Felder, die zu beobachten sind, seien in gewaltigem Ausmaß gewachsen: Rauschgifthandel, Terrorismus – und Transfer von Rüstungstechnologie.

Auf dieses Gebiet hat sich der Dienst, wie letzte Woche offenbar wurde, seit längerem spezialisiert.

Die Freigabe des schweren NVA-Geräts hatte im Verteidigungsministerium General Georg Bautzmann, Leiter der Stabsabteilung Militärisches Nachrichtenwesen (Fü S II) verfügt. Bautzmann ist alter BND-Kämpe, vor seinem Hardthöhen-Einsatz hat er in Pullach die Militärische Aufklärung geleitet.

Bautzmann leitet seit 1986 einen Koordinierungsausschuß, der aus Vertretern der Teilstreitkräfte, der Rüstungsabteilung und dazu delegierten Beamten des BND besteht. Dieser Ausschuß ist zuständig für die Lieferung von Wehrmaterial an fremde Staaten.



Westdeutsche Allgemeine

„Wie kommen Sie auf die Idee, ich hätte einen Panzer dabei?"

Weniger klar wurden den Abgeordneten die Motive des Generals. Er beschränkte sich auf die Mitteilung, man habe sich den Israelis verpflichtet gefühlt. Es sei eine Frage des „do ut des", des Gebens und Nehmens gewesen.

Minister Stoltenberg und BND-Präsident Porzner strengten sich mächtig an, Erklärungen für die Rüstungskooperation mit Israel zu finden. Gemeinsam faßten sie einen Bericht ab, in dem es heißt: „Israel hat aufgrund seiner Erfahrungen mit sowjetischem Kriegsmaterial auf dem Gefechtsfeld und bei der Auswertung von Beutematerial außergewöhnliche Fähigkeiten entwickelt. Die Bundeswehr hat davon in der Vergangenheit Nutzen gezogen." Israels Wünsche hätten „auch im Sinne einer fairen Zusammenarbeit gerechtfertigt erscheinen" müssen.

Minister und Präsident versuchen, die Eigenmächtigkeit ihrer Apparate zu verharmlosen:

> Im vorliegenden Falle erschien die Abgabe an Israel bei den im BMVg Beteiligten offenbar nicht als Export einsatzfähiger Rüstungsgüter in ein Krisengebiet, sondern als eine Maßnahme wehrtechnischer Zusammenarbeit. Das Empfangsland wurde ausdrücklich zur Rückgabe des Geräts verpflichtet. Da im vorliegenden Fall keine modernen Kampfpanzer, sondern an Kriegswaffen lediglich zwei ältere Flugabwehrsysteme und eine Abfeuerungseinrichtung für Flugabwehrraketen auf Kettenfahrgestell nach Israel verbracht werden sollten, hat der zuständige Stabsabteilungsleiter die Befassung des Bundessicherheitsrates nicht für erforderlich gehalten. Hinzu kam die (möglicherweise irrtümliche) Auffassung, daß die Verwendung zur technischen Auswertung, einschließlich Beschußversuche mit evtl. Zerstörung, nicht unter die Vorlagepflicht an die Leitung des BMVg und später an den BSR (Bundessicherheitsrat) fällt.

Immerhin kommen Stoltenberg und Porzner zu dem Schluß, daß mit dem Überlassen der Flugabwehrkanonen und -raketen das Kriegswaffenkontrollgesetz durch den BND verletzt worden sei, weil der Dienst allein schon für die Beförderung dieser Kriegswaffen außerhalb von Bundeswehrgelände die Genehmigung des Bundeswirtschaftsministers hätte einholen müssen. „Daß das Material offenbar in nicht mehr ganz intaktem Zustand verschifft werden sollte, dürfte daran nichts ändern."

Alle Entschuldigungsversuche nutzen nichts: Klar ist, daß die politische Aufsicht versagt hat.

Klar ist, daß die Geheimdienste – BND, Militärischer Abschirmdienst und Verfassungsschutz – nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dessen deutscher Ausprägung einer neuen, konkreten Aufgabenbeschreibung bedürfen. Und unabdingbar ist, daß die demokratische, also parlamentarische Aufsicht verbessert werden muß.

Weniger klar ist, ob SPD-Porzner und/oder CDU-Stavenhagen abtreten müssen.

Die Opposition kann nicht viel erreichen. „Wer den Kontrolleur Stavenhagen abschießen will", faßte Regierungssprecher Schäfer vor Mitarbeitern zusammen, „muß durch Konrad Porzner durchschießen."